

Außenwirtschaft

*(17)

Umorganisation der Außenhandels-gesellschaften

Auf der 20. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 7. Nationalen Volkskongresses legte Li Lanqing, Minister für Handel und Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, einen Bericht zur Reform des Außenhandels vor.

Nach Li Lanqing hat China seit Beginn der Öffnungspolitik im Jahre 1978 bei der Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland große Erfolge verzeichnen können. Als derzeit wichtigste Aufgabe sieht Li die Umorganisation der Außenhandels-gesellschaften an. So sollen diejenigen Außenhandels-gesellschaften das Recht der Tätigkeit im Außenhandel entzogen werden, die nur über ein mangelhaft qualifiziertes Leitungspersonal verfügten, vertragliche Vereinbarungen nicht einhielten, die Produktqualität vernachlässigten oder auf andere Weise gegen Gesetze und Bestimmungen verstießen. Nach Lis Angaben sollen bereits 932 der 2.140 überprüften Außenhandels-gesellschaften nicht mehr im Außenhandel tätig sein dürfen. (SWB, 29.6.91)

Im Rahmen der Dezentralisierung von Entscheidungsrechten wurde das staatliche Außenhandelsmonopol aufgeweicht und nicht nur den zwölf staatlichen Im- und Exportgesellschaften das Recht zum Handel mit dem Ausland eingeräumt. Auch anderen Ministerien, Außenhandels-gesellschaften, Provinzen und Städte sowie den Joint Ventures und auch einer Reihe von chinesischen Industrieunternehmen wurden entsprechende Rechte zugestanden. Dies führte nach Schätzungen der Weltbank dazu, daß bis 1986 bereits 1.200 und nach Angaben chinesischer Experten über 2.000 Außenhandels-gesellschaften gegründet wurden. (NSa, 1991, S.96-67) In den letzten Jahren soll die Zahl der Außenhandels-gesellschaften sogar auf 5.000 angestiegen sein (CNA, 1989, No.1416, S. 4). Damit verbunden war jedoch auch eine Reihe von Problemen für die ausländischen Geschäftspartner, die sowohl eine gewisse Unübersichtlichkeit

der Verantwortung im Außenhandel beklagten, als auch die Nichteinhaltung von Verträgen und im Außenhandels-geschäft unerfahrene Vertragspartner. (CBR, Jan.-Febr. 1990, S. 38-39)

Ausländische und chinesische Experten gehen davon aus, daß die Reform im Außenhandel zwar das Außenhandels-system deutlich verändert habe, die Reformen jedoch noch hinter den Erfordernissen der internationalen Praxis zurückblieben. Dies war die übereinstimmende Sichtweise der Teilnehmer der 19. Konferenz zum Thema Handel und Entwicklung im Pazifischen Raum, die Ende Mai in Beijing stattfand. (XNA, 1.6.91)

Allerdings konnte China auch in diesem Jahr bisher die Exporte weiter steigern. Im Zeitraum Januar bis zum 10.6.91 stieg der Wert der chinesischen Exporte insgesamt um 18,8% gegenüber der Vergleichsperiode 1990, während sich die Importe lediglich um 3,5% erhöhten. (XNA, 9.6.91; SWB, 26.6.91) -schü-

*(18)

Mehr Bankenkredite, aber verschärfte Konditionen

Einem Bericht der *FEER* vom 20.6.1991 zufolge, gewinnt nach Einschätzung Hongkonger Banker das Kreditgeschäft mit China für ausländische Banken wieder an Attraktivität. So wurden bereits eine Reihe von größeren Kreditgeschäften im ersten Halbjahr 1991 abgewickelt. Hierzu zählen beispielsweise die Kredite eines japanischen Syndikats an China International Trust and Investment Corp. (CITIC) sowie eines japanisch-europäischen Konsortiums an Shanghai Steel Mill zu jeweils 50 Mio.US\$. Der Hongkonger Bank ist außerdem die Organisation eines Konsortiums übertragen worden, das die Finanzierung des Brückenbauprojektes in Shanghai mit einer Kreditsumme von 48 Mio. US\$ übernehmen soll.

Zwar sind in den letzten Jahren bei der Rückzahlung einer Reihe von Krediten Probleme aufgetreten, insbesondere bei Hotel-Joint Ventures, wobei es nach *FEER* bei der Einigung zwischen Kreditnehmer und Banken insbesondere auf den Einfluß des Bürgschaftsgebers ankam. Insgesamt haben die Banken jedoch ihre frühere Zurückhal-

tung bei der Kreditvergabe aufgegeben. Dies wird auch deutlich, wenn die Zunahme der kommerziellen Kredite an China im letzten Jahr betrachtet wird. So kommt der von einem westlichen Konsulat in Hongkong herausgegebene und teilweise in *AWSJ* am 9.5.91 veröffentlichte Bericht über die Kreditvergabe ausländischer Banken an China zu dem Ergebnis, daß die Kredite im Jahre 1990 gegenüber dem Vorjahr um 187% gestiegen waren.

Insgesamt vergaben die Auslandsbanken im letzten Jahr an chinesische Institutionen, Joint Ventures in China sowie an volksrepublikanische Unternehmen in Hongkong Kredite in Höhe von 5,5 Mrd.US\$ (1989: 2,7 Mrd.US\$). Allerdings wurden im letzten Jahr vier große Kreditgeschäfte abgeschlossen, die fast die Hälfte (2,4 Mrd.US\$) der gesamten Kreditsumme auf sich vereinigten. Hierzu zählte ein Kredit an CITIC für den Erwerb einer 20%igen Beteiligung an der Hongkonger Telekommunikations-gesellschaft, ein Kredit an Hopewell Holdings Ltd. für den Bau der Autobahn von Hongkong nach Guangzhou sowie Kredite an die staatliche chinesische Fluggesellschaft CAAC für zwei Flugzeug-Leasing-geschäfte. Werden diese vier Großkredite nicht berücksichtigt, dann erhöhte sich die Kreditzunahme im Jahre 1990 lediglich um 60% gegenüber dem Jahre 1989 und erreichte noch nicht die Hälfte des Umfangs der Kredite des Jahres 1988.

Zwar haben die Banken einerseits wieder Interesse am Kreditgeschäft mit China gefunden, doch sind die China eingeräumten Konditionen vergleichsweise schlechter als vor dem Juni 1989. So wird im oben genannten Bericht in *AWSJ* darauf verwiesen, daß ausländische Banken bei der Kreditvergabe an China selektiver vorgehen und daß der ausländische Partner des chinesischen Projektes oder Unternehmens einen guten Ruf haben müsse. Außerdem würden die Banken größeren Wert auf die Fähigkeit zur Rückzahlung der Kredite legen, wobei hierbei der geplante Cash-flow noch wichtiger als die Qualität des Bürgschaftsnehmers sei.

Insgesamt müsse China jedoch mit höheren Kosten für Bankenkredite rechnen. Das gestiegene Länderrisiko ist dem Bericht zufolge einerseits auf die mit dem in den nächsten Jahren erwarteten Führungswechsel verbundene

Unsicherheit zurückzuführen und auf die hohen Schuldendienstleistungen. So wird davon ausgegangen, daß die Schuldendienstzahlungen für kommerzielle Kredite in diesem Jahr 5,149 Mrd. US\$ und im nächsten Jahr 6,442 Mrd.US\$ betragen werden. Vor diesem Hintergrund seien längerfristige Kredite schwieriger geworden und eher solche mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren von den Banken bevorzugt; der Verkauf von Krediten mit einer länger als zehn Jahre dauernden Laufzeit auf dem Sekundärmarkt ist nach Einschätzung von Bankern äußerst problematisch. Der derzeit für kommerzielle Kredite anfallende Zinssatz beträgt zwischen 0,75 bis 0,88% über der Londoner Interbankenrate (Libor) zuzüglich einer Kommission von 0,12 bis 0,25%, so daß insgesamt die Rate rund ein Prozent ausmacht und damit höher als die vor Mitte 1989 festgelegte Rate von 0,60% und die Rate von 0,37% im Jahre 1988 ist.

Für das Jahr 1991 geht der Bericht davon aus, daß zwar die Bereitschaft der Banken zum Abschluß neuer Kreditgeschäfte mit China steigen, jedoch keine sehr starke Erhöhung der kommerziellen Kredite erfolgen wird. Zwar würde Japan der wichtigste Kreditgeber bleiben, doch habe insgesamt aufgrund des höher eingeschätzten Risikos und der Kreditverknappung der Wettbewerb um Kredite an China nachgelassen.

Von chinesischer Seite wird die starke Erhöhung der ausländischen Devisenreserven, die auf die hohen Exportüberschüsse zurückzuführen ist, als Garantie für die Fähigkeit zur Erfüllung der Schuldendienstleistungen angesehen und als Positionsverbesserung beim Zugang zu ausländischen Krediten. Insgesamt sollen nach Angaben von Jin Deqin, Vorsitzender der CITIC Industriebank in Beijing, die Währungsreserven wieder das Niveau von 1984 erreicht haben, als China über Devisenreserven in Höhe von 12,2 Mrd.US\$ verfügte; nach offiziellen Angaben betragen die ausländischen Währungsreserven Ende 1990 11,09 Mrd.US\$. Trotzdem wird damit gerechnet, daß China auf dem internationalen Markt weiter Kredite nachfragen wird, um die im 8.Fünfjahresplan genannten Ziele erreichen zu können, für die ein Investitionsvolumen von rd. 200 Mrd. Yuan angesetzt wird. (SCMP, 14.6.91)

Die Reaktion auf die erneute Ausgabe von Samurai-Anleihen, also von Yen-Auslandsanleihen, durch die Bank of China, wird als Testfall für die Rückkehr Chinas an die internationalen Kreditmärkte angesehen. Von der japanischen Regierung wurde bereits die Zustimmung der Ausgabe einer Yen-Anleihe in Höhe von 20 Mrd. Yen (140,8 Mio.US\$) erteilt. Diese Zustimmung signalisiert gleichzeitig das Ende aller gegen China verhängten Wirtschaftssanktionen. Yamaichi Securities werden zusammen mit Dai-Ichi Kangyo Bank Ltd. die führenden Konsortialmitglieder sein, die Emission ist für die zweite Juliwoche geplant. (XNA, 15.6.91; SMCP, 22.6.91; FT, 24.6.91)

Insgesamt haben die chinesische Banken zwischen 1982 bis 1989 Auslandsanleihen mit einem Wert von 4,25 Mrd.US\$ an den Wertpapiermärkten in London, Hongkong, Tokyo, Singapur und Frankfurt untergebracht. Hierzu sind lediglich neun Bankinstitute in China berechtigt. (XNA, 22.6.91) -schü-

*(19)

Enttäuschende Abschlüsse für deutsche Wirtschaft

Nach Angaben von Wei Yuming, Leiter der chinesischen Einkaufsdelegation, wurden mit den europäischen Ländern insgesamt Vertragsabschlüsse im Wert von 1,5 Mrd.US\$ getätigt; ursprünglich war die Vergabe von Aufträgen im Umfang von 1 Mrd.US\$ geplant. (FAZ, 27.6.91; CD, 26.5.91)

Ziel der in der Zeit vom 1.6.-27.6.91 durchgeführten Europareise von Vertretern des Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland, der Staatlichen Planungskommission, des Ministeriums für Material und Ausrüstung, der Städte Shanghai, Tianjin sowie der Provinzen Fujian und Guangdong waren Verhandlungen über den Kauf von Maschinen, Ausrüstungen, Technologie, Rohstoffen für die Textil-, Bergbau-, Telekommunikations- und Energieindustrie sowie für die petrochemische Industrie.

Bei der Aufteilung des Einkaufsvolumens auf die 12 EG-Länder betrug der deutsche Anteil lediglich 140 Mio.US\$ bzw. ca. 10% des Gesamtwertes der

Abschlüsse. Der größte Anteil in Höhe von 500 Mio.US\$ entfiel auf Spanien, das Anlagen zur Herstellung von Äthylen liefern wird, der zweitgrößte Anteil von 300 Mio.US\$ auf Großbritannien.

Als Begründung für den geringen deutschen Anteil erklärte Wei Yuming insbesondere, daß die deutschen Finanzierungsbedingungen schlechter als die der europäischen Mitbewerber seien. So könne die deutsche Seite keine Mischfinanzierung aus privaten und staatlichen Krediten aus der Entwicklungshilfe aufweisen. Diese Mischfinanzierung sei Wu Yuming zufolge jedoch aufgrund der begrenzten Devisenreserven für China vorteilhafter.

Nach Angaben von Rolf Dittmar, Leiter des China-Referats im Bundeswirtschaftsministerium, wird die deutsche Entwicklungshilfe an China in diesem Jahr nicht mehr als 200 Mio.DM betragen. Dittmar wies darauf hin, daß die Entwicklungshilfe weltweit und nicht nach den Interessen eines Marktes vergeben würde und ebenso wie die Hermes-Bürgschaften den Restriktionen der Bundestagsresolution des Vorjahres unterliege. Allerdings sollte die Einkaufsdelegation auch berücksichtigen, daß China allein 1990/91 durch Textillieferungen nach Deutschland Deviseneinnahmen von 5 Mrd.DM realisieren konnte. (FAZ, 27.6.91)

Die deutsche Entwicklungshilfe an China ist in den letzten Wochen auch durch das Verhalten des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Siegfried Lengl, bei einem Besuch in China in die Schlagzeilen geraten. Hierbei ging es insbesondere um die "herzliche Umarmung" zwischen Ministerpräsident Li Peng und Siegfried Lengl. (FAZ, 14.6.91) -schü-

Binnenwirtschaft

*(20)

Dokument zur wirtschaftlichen Umstrukturierung im Jahre 1991

Die *Renmin Ribao* veröffentlichte am 21.6.91 das von der Staatlichen Reformkommission zur Umgestaltung der Wirtschaft vorgelegte und vom Staatsrat genehmigte Dokument *Kernpunkte der Reform des Wirtschaftssystems im Jahre 1991*.